

Bezirksamt Hamburg – Mitte
Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit

Niederschrift
über die 25. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
beim Bezirksamt Hamburg – Mitte
am Montag, den 15. 02. 2010
im großen Saal der Bezirksversammlung Hamburg - Mitte
Klosterwall 4, Cityhof Block B, 1. Stock, 20095 Hamburg

anwesende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Kahrs
Herr Bochnick
Frau Detamble – Voss
Herr Droßmann
Herr Ilcin
Frau Jeschkowski
Herr Jez
Herr Knode
Frau Meßinger
Herr Müller
Frau Scheuermann

anwesende beratende Mitglieder

Herr Dittmer
Frau Freuer
Herr Hartmann
Herr Krutky
Herr Uzundag
Frau Wolters

für die Verwaltung

Herr Claus
Frau Frigge
Frau Hoppe
Frau Mosteller
Frau Nische
Herr Poschinski
Frau Dr. Ruf
Herr Schmidt
Herr Werner

Es ist sind 12 BesucherInnen anwesend.

Beginn der Sitzung 17.00 Uhr.

25. Sitzung des M/JHA am 15. 02. 2009
TOP 0 Öffentliche Fragestunde

Kein Beitrag

25. Sitzung des M/JHA am 15. 02. 2010

TOP 1 Genehmigung der Niederschriften vom 18. 01. und 01. 02. 2010

Die Genehmigung der Niederschriften wird vertagt, da diese nicht vorliegen

25. Sitzung des M/JHA am 15. 02. 2009

TOP 2 Konsequenzen nach dem Tragischen Tod von Lara - Sachstandsbericht

Zu diesem TOP liegt dem Ausschuss der Sachstandsbericht des Jugendamtes vor. Dem Bericht sind als Anlagen das Einarbeitungskonzept für den ASD Hamburg – Mitte und die Arbeitshilfe für den ASD zur Hilfeplanung bei der Einrichtung einer SPFH in Familien mit 0-3 jährigen Kindern bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung zur Kenntnisnahme beigefügt.

Frau Dr. Ruf ergänzt, dass für den ASD Wilhelmsburg eine weitere Verwaltungskraft im zum 1. 3. 2010 eingesetzt werden kann. Von den für Hamburg – Mitte zusätzlichen 9,2 Stellen im ASD aus dem Effizienzfond gehen 6,6 Stellen in den ASD Wilhelmsburg.

Frau Wolters führt aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ASD in Folge des Todes von Lara anders in ihrer Arbeit sensibilisiert sind, Veränderungen in ihrer Arbeitsweise entwickelt und so mehr Sicherheit gewonnen haben.

Herr Maris, Koordinator Kinderschutz, berichtet dem Ausschuss über den deutlich erhöhten Anstieg von Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen. In 2008 wurden 2670 Fälle und 3742 Fälle in 2009 gemeldet, dies entspricht einer Zunahme von 40 % (ohne Polizeimeldungen).

Der ASD geht allen Meldungen, auch denen bei denen die Familie dem ASD bereits bekannt ist oder eine Hilfe zur Erziehung geleistet wird gemäß dem § 8 a SGB VIII nach. Es werden Hausbesuche durchgeführt und Kontakte zu anderen Stellen wie Schule, Kita, Ärzte je nach Fallkonstellation aufgenommen. Die Standards wurden festgelegt und in den Anlagenband der Fachanweisung aufgenommen.

Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD sind gut eingearbeitet. Die Zusammenarbeit mit den Schulen und REBUS hat sich verbessert, REBUS leistet sehr viel insbesondere bei schwierigen Kindern.

Es wurde eine Arbeitshilfe zu Sucht und Jugendhilfe erstellt.

Im Bezirk Hamburg – Mitte ist das Babybegrüßungsprogramm, das in Kooperation von Jugend – und Gesundheitsamt durchgeführt wird, gestartet.

Frau Wolters informiert den Ausschuss über einen Artikel, der aktuell in der BILD zum Fall Lara erschienen ist. In Abstimmung mit dem Bezirksamtsleiter wurde entschieden, dass dazu ein Bericht des Jugendamtes an die Bezirksversammlung gegeben werden soll, der im Wesentlichen folgende Punkte beinhalten wird:

1. Die Rahmenbedingungen für den ASD sind unverändert
2. Es besteht immer ein Risiko von falschen Prognosen in den Fällen
3. In der Fallbearbeitung des ASD können sich bis zu 41 Schnittstellen zu Diensten, Institutionen und anderen Beteiligten ergeben. Keine andere Fachabteilung hat so viele Schnittstellen.
4. Der Fallzugang ist nicht steuerbar.

Darüber hinaus kritisiert **Frau Wolters**, dass in dem Artikel nicht steht, dass das Ermittlungsverfahren gegen den fallzuständigen ASD – Mitarbeiter seitens der Staatsanwaltschaft eingestellt wurde, weil kein schuldhaftes Verhalten seinerseits und damit des Jugendamtes vorliegt.

Frau Nische erläutert zum Verfahren der Dokumentation direkter fallbezogener Leistungen, das ab 1. 11. 2009 eingeführt wurde, dass dieses nur sehr zögerlich anläuft. Insgesamt sind 63 Bögen eingereicht worden, bei denen unproblematisch die face - to - face Kontakte von den Hilfeempfängern abgezeichnet wurden. An dem Verfahren beteiligen sich aber nicht alle Träger.

Das Ziel ist, im Rahmen einer Hamburgweiten Regelung die vertragliche Regelung mit Selbstbindung der Träger zu erreichen.

Frau Wolters verweist auf Nachfrage von **Herrn Ilcin** zur Auswahl von Personal im ASD auf die dem JHA vorliegende Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der CDU – Fraktion der BV zur Stellenausstattung des ASD.

Frau Frigge informiert den Ausschuss darüber, dass aktuell auch die Standorte Billstedt und Rothenburgsort mit Familiehebammen besetzt werden konnten.

Herr Knode informiert den Ausschuss über ein Schreiben des Hamburger ASD, das 260 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterzeichnet haben, an den 1. Bürgermeister und die Bezirksamtleitungen. Darin fordern sie den Senat auf, bei den Konsolidierungsmaßnahmen den ASD und auch deren Geschäftsstellen auf keinen Fall zu besparen und auch keine Stellen zu bewirtschaften. Die Jugendhilfeausschüsse sollten die Forderungen mit unterstützen.

Herr Bochnick fragt die Verwaltung, welche Träger sich nicht an der Dokumentation direkter fallbezogener Leistungen beteiligen und bittet um eine entsprechende Auflistung.

Zur Thematik der Dokumentation wird im Ausschuss ausführlich diskutiert. Zusammenfassend werden u. a. folgende Aspekte eingebracht:

- Im Dreiecksverhältnis von ASD, Hilfeempfänger und Träger, ist es rechtlich schwierig, den Träger zu verpflichten. Nach den Vorschriften des SGB VIII kann derzeit nur der Hilfeempfänger sich selbst verpflichten und dies auf den Träger übertragen. Da der Hilfeempfänger aber der schwächste Beteiligte in dem Verfahren ist, wäre dies keine gute Lösung. Es wird daher eine für Hamburg gültige vertragliche Regelung mit den Trägern angestrebt.

Hamburg – Mitte ist mit der Dokumentation sehr offensiv aufgetreten und konnte auch auf Landesebene überzeugen. Daraus hat sich die Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Freien Wohlfahrtsverbände gegründet, die auf einem guten Weg zur vertraglichen Regelung und damit der Verpflichtung der Träger ist. Insofern sollte noch Geduld aufgebracht werden.

Die Gründe der Träger, die sich nicht beteiligen, liegen im Wesentlichen in Fragen von Vertrauensbildung und Kontrolle in der Zusammenarbeit mit den Familien und möglicher Verletzung des Sozialdatenschutzes. Die Träger verweisen alternativ auf ihre umfangreiche Dokumentation in den Fällen, die sie auf Wunsch noch erweitern können. Bei 90 Trägern und unterschiedlichen Dokumentationsformen wäre dies jedoch ein erheblich höherer Arbeitsaufwand für ASD und Träger gegenüber der Auflistung der face – to – face Kontakte. (**Frau Nische**)

- Der JHA und die BV haben zu dieser Thematik einen eindeutigen Beschluss gefasst, der auch umzusetzen ist. Dass sich Träger nicht beteiligen ist gegenüber denen, die sich beteiligen nicht fair. Der ASD ist fallverantwortlich und muss davon ausgehen können, dass die Träger kooperieren. Die Entwicklung in den Familien ist nicht immer einzuschätzen, von daher ist es in der Zusammenarbeit und der Beschäftigung von Trägern besonders wichtig, auf so viel Rückhalt wie möglich vertrauen zu können.

Im Fall Lara hat der Träger nicht so reagiert wie er sollte. Insofern stellt sich die Frage, wie es geändert werden kann.

Von dem Verfahren der Dokumentation konnten der Sozialsenator, die Fachbehörde und auch der Rechnungshof überzeugt werden. **(Herr Kahrs)**

- Für jede Hilfe zur Erziehung muss der geeignete Träger ausgewählt werden. Wenn ein Träger nicht mit dem ASD kooperiert, ist er nicht geeignet und kann auch nicht beauftragt werden. Der Beschluss des JHA ist eindeutig und umzusetzen.

In einem Schreiben der Verwaltung sollen die Träger aufgefordert werden, ihre Bereitschaft, sich an dem Verfahren zu beteiligen bis zum 28. 02. 2010 zu erklären. Ansonsten sollte die Zusammenarbeit aufgekündigt werden. Im Falle einer Klage durch die Träger würde die Rechtslage dann durch ein Gerichtsurteil geklärt werden. **(Herr Bochnick)**

- Es kommt darauf an, das Ziel zu erreichen. Von daher sollte in diesem Schreiben auch nach den fachlichen Bedenken gefragt und die Antworten in den JHA eingebracht werden. **(Frau Detamble – Voss)**

Herr Kahrs führt abschließend aus, dass der JHA alles, was in seinen Möglichkeiten steht, tun muss, um einen Fall wie Lara möglichst verhindern zu können. Dazu hat er eine ausführliche Beschlusslage mit konkreten Maßnahmen herbeigeführt, die verpflichtend umzusetzen sind. Dazu ist die Kooperationsbereitschaft der Träger unabdingbar für die weitere Zusammenarbeit.

Der Vorschlag von Herrn Bochnick wird daher unterstützt.

Der JHA beschließt einstimmig, gemäß dem Vorschlag von Herrn Bochnick und die fordert die Verwaltung auf, das Schreiben an die Träger zu veranlassen.

- In Ergänzung zu diesem TOP liegt dem Ausschuss der **Sachstandsbericht des Jugendamtes zur Trennungs – und Scheidungsberatung in familiengerichtlichen Verfahren** vor.

Herr Kahrs bittet die Verwaltung die bereits 2008 angekündigte Evaluation der Fachbehörde zu diesem Verfahren anzumahnen.

Der JHA nimmt Kenntnis.

- **Dem Ausschuss stellt sich Frau Renate Jahn, die zweite Kinderschutzkoordinatorin im Jugendamt vor.**

25. Sitzung des M/JHA am 15. 02. 2009**TOP 3 Anträge**

- Offene Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit -
--

Freie Träger	Antrag vom/Widmung	Vorschlag/€
Jugend- und Kulturzentrum Neustadt e.V.	(ohne Datum) Umwandlung von Honorarmittel in Personalkosten für eine 0,5 Stelle Erzieher (E 8 TV-L)	befürwortet (kostenneutral)

Der JHA beschließt einstimmig gemäß dem Vorschlag der Verwaltung.

Freie Träger	Antrag vom/Widmung	Vorschlag/€
Kirchengemeinde St. Georg-Borgf. -SCHORSCH-	18.01.2010 Stellennachbesetzung sowie Umwidmung der bisher anteilig geförderten Personal- kosten in Stellenanteile (ges. 0,5 Stelle)	befürwortet (kostenneutral)

Der JHA beschließt einstimmig gemäß dem Vorschlag der Verwaltung.

- Die Befassung mit der Vorlage der Verwaltung zur **Beendigung der Förderung des Projekts Stob Mümmelmannsberg und Erhöhung der Förderung des Projekts „Haus der Jugend Öjendorf“** wird vertagt.

25. Sitzung des M/JHA am 15. 02. 2009**TOP 4 Planung zum Ausbau von SAE**

Frau Nische erläutert in Ergänzung zur ausführlichen Diskussion in der letzten Sitzung des JHA, dass die Fachbehörde für den Ausbau von SAE mehr Mittel zur Verfügung stellt, aber die Förderung von Projekten an bestimmte Schwerpunkte geknüpft hat. Die Jugendhilfeausschüsse sollen in diesem Zusammenhang über die Projektvorschläge informiert werden und haben eine beratende und unterstützende Funktion. In der kommenden Woche findet ein erstes Sondierungsgespräch zu den Projektvorschlägen mit der Fachbehörde statt.

Frau Wolters ergänzt, dass noch unklar ist, ob der JHA über diese Projekte zukünftig entscheiden wird, da die Mittel noch aus der Zweckzuweisung für Hilfen zur Erziehung kommen. Die in den Regionen erarbeiteten Vorschläge wurden mit großer Sorgfalt entwickelt, sodass der JHA um Zustimmung gebeten wird.

Herr Kahrs fordert die Verwaltung auf, bis zur nächsten Sitzung mit der Fachbehörde zu klären, wie die Entscheidungsbefugnisse für die Projekte geregelt sein sollen. Wenn diese bei dem JHA liegt, dann wird der Ausschuss in der nächsten Sitzung über alle Vorschläge im Einzelnen beschließen. Bis dahin sollte der JHA dem Gesamtpaket zunächst zustimmen.

Die JHA – Mitglieder stimmen der Verfahrensweise zu.

25. Sitzung des M/JHA am 15. 02. 2009**TOP 5 Geschäftsmitteilungen**

- Dem Ausschuss liegt eine Mitteilung der BSG zum **Konzept zu Maßnahmen zur Verhinderung von Alkoholmissbrauch** und Rauschtrinken bei Minderjährigen und jungen Erwachsenen in Hamburg vor, die von **Herrn Poschinski** kurz erläutert wird.

Der JHA nimmt Kenntnis.

25. Sitzung des M/JHA am 15. 02. 2009

TOP 6 Verschiedenes

Frau Detamble – Voss berichtet dem JHA, dass als ein Ergebnis der Anhörung im Ausschuss Soziales, Integration und Gesundheit zu einem Schwulen –und Lesbenzentrum, die defizitäre Sexualpädagogik in Kinder – und Jugendeinrichtungen benannt worden ist. Sie schlägt vor, sich mit diesem Thema in einer JHA – Sitzung zu befassen und dazu Referenten einzuladen.

Herr Kahrs unterstützt den Vorschlag und ergänzt, dass diese Thematik gezielt auf die Zweckbeschreibungen der Einrichtungen gerichtet sein sollte.

Das Thema wird in die Themenplanung für das 2. Halbjahr aufgenommen.

:

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr

Für den Vorsitz
J. Kahrs

Für das Protokoll
A. Ahlers